

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

23.12.1868 (No. 302)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 23. Dezember.

N. 302.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Auf das mit dem 1. Januar beginnende erste Quartal der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik, welche von 1869 an in direkter Verbindung mit dem Hauptblatt täglich erscheinen wird, nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 3 kr.

Unsere auswärtigen H. H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende Dezember ablaufen. Wir eruchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

Florenz, 21. Dez. In der heutigen Budgetdebatte bekämpfte der Finanzminister den in der Kommission gestellten Antrag, betreffend die Suspendirung der Zahlung der übernommenen päpstlichen Schuld. Nach längerer Debatte wurde der Kommissionsentwurf mit 211 gegen 111 Stimmen verworfen, dagegen der Regierungsentwurf mit 201 gegen 58 Stimmen angenommen. Hierauf vertagte sich die Kammer bis zum 12. Januar.

Florenz, 22. Dez. Die Kammer beriet gestern über den Antrag der Budgetkommission (Antrag Cairoli), daß die Zahlung der Zinsen der päpstlichen Schuld suspendirt werden solle. Mehrere Abgeordnete unterstützten den Antrag und sagten, Frankreich, das nach dem Septembervertrag in Rom stehe, könne nicht die Ausführung eines Vertrags verlangen, den es selbst offen verleihe. Der Finanzminister Cambray-Digny und der Ministerpräsident Menabrea erwiederten: Solche Repräsentanten, sagte Menabrea, würden nicht auf die päpstliche Regierung zurückfallen, sondern auf die gegenwärtigen Renteninhaber, und würden die italienischen Finanzen im In- und Ausland schädigen. Rattazzi sprach für den Antrag und tadelte die Haltung des Finanzministers. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Cairoli mit 211 gegen 111 Stimmen verworfen und der Gesetzentwurf des Ministeriums über das provisorische Budget mit 201 gegen 58 Stimmen genehmigt. Die Kammer vertagte sich bis zum 12. Januar.

Florenz, 22. Dez. Die Sacra Consulta in Rom hat Befehl erhalten, nach Weihnachten die Revision des Prozesses Ajani und Luzzi vorzunehmen.

Rom, 21. Dez. In einem geheimen Konsistorium befragte der Papst die durch die spanischen Ereignisse gefährdete Kirche, namentlich bezüglich der Glaubenseinheit, die stets den Ruhm Spaniens gebildet habe.

Konstantinopel, 21. Dez. Der „Turque“ zufolge macht Griechenland erhebliche Kriegsvorbereitungen. — Der „Evante-Herald“ schreibt: Die Pforte hat eine dreiwöchentliche Frist vor der Austragung der Griechen zugestanden. Rußland gestattet den griechischen Schiffen die Führung der russischen Flagge. Hobbart Pascha blockirt Syra mit 7 Schiffen.

Konstantinopel, 22. Dez. Die Pforte verständigte die Regierungen in Bukarest und Belgrad von den getroffenen Maßnahmen anlässlich des Abbruchs der türkisch-griechischen Beziehungen. Anderweitige Eröffnungen hat sie nicht gemacht (d. h. also die Ausweisung der Griechen nicht verlangt).

London, 21. Dez. Gladstone und Lowe sind in ihren Wahlbezirken ohne Opposition wiedergewählt worden. In seiner Wahlrede verhielt Gladstone Ersparnisse im Budget, verwarf aber für jetzt die Einführung der Ballotage. Die Wiederwahl der übrigen Minister ist unbestritten.

Deutschland.

Stuttgart, 21. Dez. Der „Schw. Mer.“ sagt heute zur Beleuchtung der Adressdebatte:

Drei denkwürdige Tage sind hinter uns: die heisse Adressdebatte der Kammer der Abgeordneten ging gestern Abend spät zu Ende mit dem merkwürdigen Ausgang, daß keine Antwortadresse auf die Ehrenrede zu Stande kam! Dieser Ausgang, nachdem erst in einem kurzen, aber hitzigen Schärmel das Erlassen einer Adresse schließlich ohne großen Widerspruch beschlossen worden; nachdem die Kommission in der eingehenden Weise die vorgelegten Entwürfe durchgearbeitet und am Ende in ansehnlicher Mehrheit gegen zwei Minderheiten ihren Antrag gestellt hatte; nachdem die Adresse, soweit sie die innern Fragen behandelt, in der Hauptsache ziemlich

Uebereinstimmung im Hause gefunden; nachdem am Schluß der höchst interessanten allgemeinen Beratung der Mehrheitsentwurf noch mit 46 gegen 41 St. der Einzelberatung zu Grund gelegt worden; — dieser Ausgang ist, wenn er auch Manchem unerwartet gekommen sein mag, ein Zeugnis der Wahrheit, ein getreues Spiegelbild der herrschenden politischen Verhältnisse im Lande! Es konnte für die deutsche Frage keine maßgebende Adresse zu Stande kommen, es gibt zur Zeit für keine bestimmte feste Richtung eine entschiedene Mehrheit weder in der Kammer, noch außerhalb derselben. So konnten sich wohl für Einzelnes Mehrheiten bilden, die je wieder auseinanderfielen, nicht für das Ganze, und im Interesse der Wahrheit, dieser ersten Bedingung der Erkenntniß, ist es bloß freudig zu begrüßen, daß nicht etwa eine jener verschwommenen, Allen etwas bietenden, Allen Zwang auferlegenden, inhaltsarmen Vermittlungsadressen noch eine Mehrheit machte, wie dies schon öfter vorgekommen ist.

Das hohe Interesse für unser Land, wie für Deutschland, das diesem Ausgang gebührt, mag uns billig veranlassen, noch weiter in die Sache einzudringen. Es lag ursprünglich, wie in den Verhandlungen kundgegeben wurde, ein noch ziemlich scharf gefärbter Entwurf des Hrn. Berichterstatters vor; er wurde in der Kommission gemildert unter Beibehaltung jedoch aller seiner Hauptgeankten. Der vorgeschrittener Theil der Linken (Reinsburg-Klub) hatte nun wieder einige verschärfende Abänderungsvorschläge, hauptsächlich jenem ersten Entwurf Brodt's entnommen, eingebracht, ließ sie aber meist wieder fallen; so erschien der Mehrheitsantrag der Kommission als der alleseitig angenommene Meinungsausdruck der „vereinigten Linken“, sowohl der großdeutschen (Brodt, Mohl, Schott u. v. w.) als der vortegschritteneren Partei. Die nationalliberale Richtung vertrat der Hider'sche Entwurf; das Eintreten auf denselben wurde mit 64 gegen 23 St. abgelehnt. Die nationalliberale Minderheit bildeten 7 Mitglieder der Ritterbank, 4 Prälaten und 12 gewählte Abgeordnete (Kömer war abwesend). Die liberale Partei (Sarwey, Sid), welche in ihrem Entwurf den nationalen Forderungen entgegengekommen war, erhielt für Eintreten auf denselben 36 St. (gegen 51). Nun kam die Einzelberatung. Bei derselben trat als der Hauptkämpfer gegen den Mehrheitsentwurf der Abg. der Stadt Stuttgart, Sid, auf den Plan mit einer Reihe wohlwollender Amendements zu dem der Beratung zu Grunde gelegten Mehrheitsentwurf. Es handelte sich wesentlich um zwei Dinge: den Südbund und die nationalen Verträge. Jener war in der Debatte wohl mit aller Klarheit, namentlich von den nationalliberalen Rednern, bekämpft, nicht mit aller Klarheit aufgestellt, und es war ein wesentlicher Unterschied zu bemerken von dem Südbund mit starkem Parlament und Militär (Mayer von B., Bollmer), dem doktrinär konstruirten Südbund (Frieder), bis zu der bloßen Vereinigung der süddeutschen Regierungen zum Zweck des Schutzes ihrer Selbstständigkeit wesentlich im Anschluß an die Erklärung einiger süddeutschen Jollparlamenten-Abgeordneten vom 22. Mai 1868 (der Berichterstatter u. A.). Die letztere Auffassung gab der Berichterstatter den Worten der Adresse, deren betreffende Sätze dann mit 46 gegen 40 St. eventuell angenommen wurden. Welchen Sinn dieser noch bleibende Rest des Südbundes wohl haben konnte, zeigte dann die folgende Abstimmung.

Ueber die nationalen Verträge war ebenso weite Spannung der Ansichten: von der Behauptung des Mangels ihrer rechtlichen Gültigkeit wegen Mangels der 2/3 Mehrheit (Hopf, Annermüller), von der Nichtigkeit ihrer legitimen Abänderung (Frieder), der formellen Rechtsgültigkeit bei Herabminderung ihres materiellen Wertes (Prodt), der Ueberlässlichkeit neuer Erwählung derselben (Weber, Dehter) bis zu formeller Bekräftigung der Verträge auch durch diese neue Kammer, als der fürsten, lokal zu haltenden Grundlage unseres öffentlichen Rechtes (der Minister, Sid, Sarwey), bezw. als der Grundlage unserer ferneren Entwicklung (die Nationalen). In dieser Abstimmung schied sich beinahe der Entschluß zu gipfeln. Der Antrag Sid's auf die ausdrückliche Anerkennung der Verträge erhielt die bedeutende Mehrheit von 50 St. (mit zwei Abwesenden und den beiden Ministern, welche nicht abstimmten, wären es sogar 54 gewesen) gegen 36.

Nun die Endabstimmung! Die Adresse enthält jetzt die Anerkennung der Verträge, darum stimmten 7 Mitglieder der Linken gegen dieselbe. Sie enthielt aber auf der andern Seite den — verklärten Südbund und einiges Andere, darum stimmten sämtliche Nationale auf Ritter, Prälaten wie Abgeordnetenbanken, und überhaupt alle Ritter, Prälaten und die Fraktion Sarwey dagegen: 49 gegen 38. Letztere 38 Stimmen gehören ausschließlich der vereinigten Linken an, welcher sich die beiden katholischen Geistlichen zugesellten; 7 der Linken stimmten, wie bemerkt, gegen die Adresse. Hiernach ist es klar, wenn der Sieg, wenn die Niederlage geworden!

Welcher Geistesströmung dieser Ausgang zugeschrieben werden muß, erhellt aus all den angeführten Umständen; der Fortschritt erhellt noch deutlicher aus der folgenden Erinnerung. Im Oktober 1866 war Prodt ebenfalls der Berichterstatter bei der Adresse. Jene wurde damals mit 61 gegen 25 Stimmen angenommen; die von national-liberaler Seite vorgeschlagenen Amendements hatten 21, resp. 24 St. erhalten; — diesmal kam gar keine Adresse zu Stande! Damals lautete die (mit 61 St. angenommene) Südbundsskizze: „Die augenblickliche Lage der südlichen Staaten, welche wir allerdings als eine haltbare nicht anzusehen vermögen, ließe sich durch ihre engere Verbindung unter einander mit gemeinsamer parlamentarischer Vertretung gestalten. Sollte dieser Bund zur Zeit auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, so ist doch die Einigung jener Staaten über die wichtigste Angelegenheit des Schutzes nach außen und daher insbesondere über die Kriegsverfassung so sehr durch die Natur der Sache geboten, daß kaum einer derselben sich dagegen zu sträuben gemeint sein dürfte.“ — Welche Bedeutung den beir. Stellen

der diesmaligen Adresse zukommt, ist bereits ausgeführt. Die nationalen Verträge aber haben eine neue ausdrückliche, sehr bestimmte Bekräftigung erfahren.

München, 19. Dez. (Sch. M.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam zuvörderst der Gesetzentwurf zur Verhandlung, durch welchen der Termin zur Auflösung der seitherigen Landwehr (Kommunalgarde) und ihrer Umwandlung in eine Bürgerwehr vom 1. Jan. 1869 auf denselben Tag 1870 hinausgerückt werden soll. Die Zweckmäßigkeit des Fortbestandes des Instituts zur Aufrechterhaltung der innern Sicherheit ist allseitig anerkannt, und es handelt sich nur darum, jetzt schon ihm jene Erleichterungen zu verschaffen, welche es der Soldatenspielerlei und des Parade-machens entkleiden. Der Minister des Innern gab in dieser Beziehung die düdigensten Zusicherungen; die Linke, für welche Crämmer mit einem Antrag auftrat, wollte aber im Gesetz selbst diese Bedingungen einzeln ausgesprochen wissen, und es gab über diese Meinungsverschiedenheit in formeller Richtung eine etwas erregte Debatte. Auch Dr. Kulanb mischte sich in dieselbe, indem er gegen noch größere Vermehrung des Wehrstandes loszog, ohne irgend welchen Anklang, ohne auch nur ernstliche Erwiderung zu finden. Schließlich wurde der Entwurf mit 89 gegen 42 Stimmen mit der Klausel angenommen, daß der Dienst dieser älteren „Landwehr“ durch Verordnung alle Erleichterung erfahren solle. — Die Kammer fuhr sodann fort in der Beratung der Gemeindeordnung, und gebiet heute bis zum Art. 150. Differenzen über Prinzipien kamen dabei nicht zum Vorschein, vielmehr wird das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden auch vom Ministerium entschieden betont, und das Aufsichtsrecht des Staats und dessen Eingreifen in die Gemeindeverwaltung nur in Anspruch genommen, wenn es im Interesse der letzteren selbst oder wenn es durch allgemeine Rücksichten geboten ist. Demgemäß wickeln sich die Verhandlungen auch ziemlich ruhig ab, und erfahren die im Einvernehmen mit der Regierung vom Sonderauschuß gemachten Vorschläge nur einzelne, meist unwesentliche Aenderungen.

München, 21. Dez. Die Abgeordnetenkammer hat die Gemeindeordnung für die diesseitsrheinhischen Kreise ohne wesentliche Debatten erledigt und die Beratung über diejenige für die Pfalz angefangen.

Leipzig, 17. Dez. Der hiesige Schriftstellerverein ist vom Bundeskanzleramt eingeladen, einen Sachverständigen zur Beratung des Gesetzentwurfs über das literarische Eigenthum im Bundesrathe zu entsenden.

Göttingen, 19. Dez. (Sch. M.) Heute Vormittag wurde vor dem kleinen Senat des hiesigen Obergerichts die Anklagesache gegen Professor Ewald wegen durch die Presse verübter Majestätsbeleidigung unter zahlreicher Betheiligung des Publikums verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte sechsmonatliche Festungsstrafe. Ewald erklärte, er habe den König von Preußen nicht beleidigt, sondern nur die Wahrheit gesagt. Als Verteidiger stand ihm Obergerichtsanwalt Benjey zur Seite. Die Urtheilsfällung wurde auf den 29. d. M. vertagt.

Malchin, 18. Dez. (Molt. Btg.) Ein landesherrliches Reskript ertheilt Antwort auf die Beschlüsse in der Nachsteuer-Angelegenheit. Der Landesherr bedauert darin lebhaft, daß die Landschaft die Rechtsbeständigkeit seiner Abmachungen mit dem Bundesrathe anzweifelte; dieselbe möge davon zurücktreten; er proponirt, wenn das früher aus den Aufkäufen der Nachsteuer Angebotene nicht ausreichte, einen Theil des Ueberschusses von 78,000 Thlr. aus der früheren Grenz-zoll-Kasse zur Entschädigung der Kaufleute zu verwenden. Baldige Erledigung der Angelegenheit wird gefordert. Die Landschaft will sich darüber erklären.

Berlin, 21. Dez. (Berl. Bl.) In der vorgestrigen Plenaritzung des Bundesraths führte der Bundeskanzler den Vorsitz. Es wurde der Bericht des Ausschusses für das Landheer und die Festungen über die Vorlage des Präsidiums erstattet, betreffend die Zivilversorgung des Militärs. Die betreffende Vorlage, welche bezweckt, die bezüglichen Bestimmungen in Preußen auf das ganze Bundesgebiet auszudehnen, findet Zustimmung. Sodann folgte der Bericht des Ausschusses für Handel und Verkehr über das Konsulatswesen. Da die Interessen der einzelnen Bundesstaaten überall, wo Bundeskonsulate errichtet werden, genügend vertreten und gewahrt sind, so steht an den betreffenden Orten die Einziehung der Landeskonsulate, soweit diese Einziehung bis jetzt noch nicht erfolgt ist, demnächst bevor. Ferner erstattete der Ausschuss für das Justizwesen Bericht über die Vorlage des Präsidiums, betreffend den Abschluß eines Auslieferungsvortrags mit Belgien, sowie über die in Veranlassung des Art. 3 der Bundesverfassung in Ausweisungs- und Auslieferungsfällen entstandenen Streitfragen. Der erstere Vortrag findet Genehmigung; über die letzterwähnten Streitfragen wird eine gemeinsame Verständigung erwirkt werden. Der Ausschuss für das Justizwesen erstattete sodann auch noch mündlichen Bericht über den Antrag Bremens, die Auslieferung von Bundesangehörigen betreffend. Eine endgiltige Entscheidung wurde in der Frage, die vorerst noch weiter Gegen-

stand juristischer Begutachtung sein wird, noch nicht getroffen. Auf den Bericht des Ausschusses für das Rechnungswesen wurde hierauf die Deckung der Bundesausgaben pro 1869 in der Art, wie diese Deckung dem Bundesrath vom Präsidium vorgeschlagen worden ist, genehmigt. Auf den Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Verkehr und für das Rechnungswesen erfolgte ebenfalls nach den Vorschlägen des Präsidiums die Genehmigung des Etats der Normalrechnungskommission.

Berlin, 21. Dez. (Köln. Ztg.) Obgleich die Kriegspartei in Athen auf einen ungünstigen Ministerwechsel hindrängt, will man die Hoffnung auf diplomatische Beilegung des griechisch-türkischen Konfliktes noch festhalten. — Der hier mit den spanischen Geschäften betraute Hr. Diaz ist nach Wien versetzt, und an seiner Stelle Graf Almina in derselben Eigenschaft hier eingetroffen.

Berlin, 21. Dez. Die Nachrichten aus dem Orient erregen auch hier eine täglich wachsende Aufmerksamkeit. In den hiesigen politischen Kreisen wird aber die jüngste dort eingetretene Wendung noch keineswegs als ein Kriegsausbruch oder als der untrügliche Vorbote eines solchen Ausbruchs angesehen. Vielmehr besteht hier noch unverändert die Meinung, daß es den Ausgleichsbemühungen der Großmächte gelingen werde, eine friedliche Verständigung zwischen den streitenden Theilen herbeizuführen. Für den Fall eines wirklich kriegerischen Zusammenstoßes rechnet man aber auf die volle Lokalisierung des Kampfes. Am wenigsten wird hier die Besorgnis geäußert, daß der gegenwärtige Streit im Orient eine weitere Ausdehnung gewinnen und europäische Konflikte hervorzubringen werde. Man verweist in dieser Beziehung auf den Umstand, daß keine Parteidemonstrationen stattfinden, die eine Verallgemeinerung der Zerwürfnisse bewirken könnten. Eine thätigkeitsvolle Unterstützung wird eben so wenig Griechenland wie der Türkei zu Theil. Namentlich Griechenland hat bei seinem offenbaren Unrecht von Seiten seiner Großmacht auf Beihilfe zu rechnen.

Graf v. Bismarck ist gestern Mittag in Folge mehrerer Einladungen zur Theilnahme an Jagden nach Barby und Umgegend abgereist. Wie verlautet, steht die Rückkehr desselben nach Berlin frühestens am Mittwoch zu erwarten. — Die Beförderung in dem Befinden des Finanzministers v. d. Heydt macht andauernd günstige Fortschritte. Hr. v. d. Heydt hat seine Amtsgeschäfte bereits im ganzen Umfang wieder übernommen. Zugleich vertritt derselbe in der Contrassignatur den Minister des Inneren, Grafen zu Eulenburg, welcher in Folge einer Erkältung seit mehreren Tagen krank ist. Graf Eulenburg sieht sich genöthigt, das Bett zu hüten.

Vom Bundesrath's-Ausschuß für das Landheer und die Festungen ist über die vom Qualifikationszeugnissen für den einjährigen Militärdienst Bericht erstattet worden. Der Ausschuß beantragt in erster Reihe die Einsetzung einer aus drei Mitgliedern bestehenden Kommission zur Klassifizierung und Kontrolle der zur Ausstellung solcher Qualifikationszeugnisse berechtigten höheren Lehranstalten. Sodann wird vorgeschlagen, die Kosten der Kommission aus Bundesmitteln zu bestreiten. Endlich stellt der Ausschuß den Antrag: Der Bundesrath wolle die Königl. preussische und die Königl. sächsische Regierung ersuchen, ständig, bezw. das erste und das zweite Mitglied der Kommission zu ernennen, während das dritte nach einem bestimmten Turnus alle drei Jahre von einer andern Bundesregierung ernannt würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Dez. Sitzungen beider Häuser des Reichsraths vom 19. Dez.

Das Abgeordnetenhaus hat seine Beratungen bis zum 15. Januar vertagt. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, die von dem Innsbrucker Landesgericht nachgesuchte Bewilligung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Greuter nicht zu erteilen. Nur 25 Stimmen der Linken und des Centrums erklärten sich für die Bewilligung. Daß sich eine so große Majorität gegen das Gesuch des Innsbrucker Landesgerichts aussprach, hat seinen Grund in dem Vorgehen dieses Gerichts, welches schon in der Voruntersuchung dem Abg. Greuter vorlud und ihn über die inkriminirte Rede verhörete. Die Theorie der Innsbrucker Justiz, daß erst zur Vornahme der Spezialuntersuchung gegen ein Mitglied des Abgeordnetenhauses die Einwilligung des letztern nachgesucht werden müsse, konnte von der Volksvertretung nicht angenommen werden, ohne das Immunitätsrecht der Abgeordneten zu gefährden. Diejenigen Mitglieder der Linken, welche trotzdem für die Gestattung der gerichtlichen Verfolgung stimmten, gingen von der Ermägung aus, daß die verfassungswidrlichen Agitationen in Tyrol mit noch größerer Rücksichtslosigkeit betrieben werden würden, wenn die Ultramontanen dem in Unwissenheit erhaltenen Volk vorspiegeln könnten, daß Greuter gewiß nur das Rechte und Wahre gesagt haben müsse, weil man sogar in Wien nichts Strafbares darin gefunden habe.

Das Herrenhaus hat in seiner letzten Sitzung das Ausnahmengesetz vom 7. Oktober und die über Prag verhängten Ausnahmemaßregeln vollständig und einstimmig genehmigt.

Wien, 20. Dez. Die bereits in den türkisch-griechischen Gewässern stationirten Geschwader der Westmächte haben dem Vernehmen nach die Weisung, falls der diplomatische Bruch zwischen der Pforte und Griechenland sich zu einer militärischen Aktion erweitern sollte, sich jeder Einmischung zu Gunsten des einen oder des andern Theils strengstens zu enthalten. Die Westmächte sind, und zwar im Einvernehmen mit Oesterreich, entschlossen, falls die Pforte sich stark genug fühlt, die Herausforderung Griechenlands zu züchtigen, ihr nicht in den Arm zu fallen, und erst, wenn ein Schlag geführt worden, der den Herausforderer zur Bestimmung zu bringen geeignet, in die Ereignisse vermittelnd wieder einzugreifen. Dieser Entschluß dürfte für die Entwicklung der Dinge auch in anderer Beziehung nicht ohne Einfluß sein.

Wien, 21. Dez. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Frhr. v. Prokech-Dsten ist unter Benützung eines schon früher erhaltenen Urlaubs von Konstantinopel nach Kairo abgereist.

Seine Abreise wird als Vorbote der Pensionierung angesehen. — Wie uns versichert wird, hat Mustafa bei den Vertragsmächten von 1856 die Initiative des Vorschlags zur Einberufung einer Konferenz ergriffen. — Neueste Nachrichten aus Athen melden, daß von einem Kabinetswechsel daselbst nicht die Rede ist. Die „Enosis“, welche, von einer griechischen Fregatte escortirt, im Pyraus ankam, soll dort abgeurtheilt werden, womit die Pforte sich einverstanden erklärt haben soll.

Wien, 21. Dez. Die Pforte hat bekanntlich den griechischen Schiffen, welche mit türkischen Häfen verkehren, eine verhältnismäßig kurze Zeit zur Abwicklung ihrer Geschäfte gesetzt. Gutem Vernehmen nach ist unsere Botschaft in Konstantinopel angewiesen, eine Frist erstreckung für diejenigen griechischen Kauffahrer nachzusuchen, welche Ladungen für Rechnung österreicherischer oder ungarischer Unterthanen an Bord haben.

Wien, 21. Dez. Die „Abendpost“ meldet: Angesichts des türkisch-griechischen Konfliktes wurde der österreicherische Botschafter in Konstantinopel angewiesen, alles zum Schutz der österreicherischen Handelsinteressen Nöthige vorzutreiben.

Pesth, 18. Dez. Am verfloffenen Donnerstag hielt Franz Deak vor den 200 Repräsentanten der Stadt Pesth, die mit dem Bürgermeister und dem katholischen Stadtpfarrer an der Spitze ihm ihre Dankbarkeit für seine politischen Verdienste auszudrücken gekommen waren, eine ausführliche und bedeutungsvolle Rede. Dieselbe kann als das Wahlprogramm des berühmten Führers gelten. Sie ist so lang, als daß wir sie in extenso zum Abdruck bringen könnten. Der nachstehende Auszug muß genügen. Deak sagte u. A.:

Wenn wir die Wahrheit gesehen wollen, ist es eines der Hauptverdienste der Nation und des Reichstags, daß sie nicht ganz bis zur Grenze des Möglichen, sondern bloß so weit gingen, bis wohin sie die dauerhafte Basis würden ausdehnen können. Diesen Gedanken führte Deak weiter aus. Neben der Energie, womit die Nation auf ihrem Recht bestand, rühmte er besonders den Laif, daß sie ihre Forderungen nicht hinaufschraubte, auch dann nicht, als die Monarchie von den Unglücksfällen von 1866 schwer getroffen ward. „Das große Verdienst des Reichstages besteht darin, daß er das, was er für sein Recht hielt, energisch zu verteidigen wußte, und daß er es verstand, Maß zu halten, wenn die Klugheit zur Mäßigung ermahnte.“ Nachdem er dann das Maßhalten weiter als die rechte „nächste Politik“ gepriesen, sagte der Redner seine Anschauung von der gegenwärtigen Lage in folgenden Sätzen zusammen: „Meine Ueberzeugung in diesen Punkten ist die: daß uns Oesterreichs Bestand ebenso nothwendig, wie Oesterreich unter Bestand ist. Dieses gemeinsame Interesse knüpft uns enger an einander als alle anderen Verhältnisse, und zum Glück ist es auch auf beiden Seiten gelungen, diese Verhältnisse gerade jetzt auf die reinste konstitutionelle Grundlage zu basiren; denn wir dürfen sagen, daß die Rechtsbasis und die Rechtsverhältnisse der konstitutionellen Freiheit, die jetzt in Ungarn wie in Oesterreich existirt, von solcher Natur sind, daß es kaum noch liberalere und fortschrittlichere in Europa gibt. Von der Nation hängt es ab, durch ihren Willen, durch ihre Energie denselben Kraft und Festigkeit zu geben. Viele möchten noch mehr wünschen. Ich möchte auch noch mehr wünschen. Aber das läßt sich nicht dadurch errischen, daß wir das Vorhandene auf das Spiel setzen, sondern indem wir auf dem Boden des Vorhandenen weiterbauen und fortschreiten. Wollen wir alles Dies umsetzen, so brauchen wir nur die Grundlag, den Ausgleich, anzugreifen, und dann wird es wahrscheinlich umgekehrt werden.“

Semlin, 12. Dez. Vorgeiern, gestern und heute vorgenommene Konfrontationen sollen den Fürsten Karageorgewitsch die Schuld überführt haben. Morgen wird die Schlussverhandlung stattfinden.

Trief, 20. Dez. Die R. R. Escadre ist heute um 8 Uhr Morgens in See gegangen.

Schweiz.

Basel, 19. Dez. Die bereits erwähnte Proklamation, welche die Regierung im Hinblick auf eventuelle Arbeiterunruhen erlassen hat, lautet im Wesentlichen:

In ungeschlossener Organisation, welche jede Verschiedenheit der Ansicht unter den Arbeitern zu unterdrücken bezweckt, wird darauf hingearbeitet, die Verhältnisse zum völligen Bruch zu bringen; die Verblendung, von der manche Kreise ergriffen sind, hat einen Grad erreicht, welcher den Führern über den Kopf gewachsen ist. Hat man sich doch nicht scheut, mit ungeschicklichen Schritten, mit Gewalt zu drohen. Haltet inne auf diesem verderblichen Wege, rufen wir Euch Allen zu die ihr am fernern Wohlergehen unserer Industrie so nahe betheiliget seid. Haltet inne, denkt an Eure, an der Eurigen Zukunft; sei nicht auf Mißtrauen und Haß eine Saat, welche nur aus gegenfeitigem Wohlwollen und Zutrauen gedeichlich sprießen kann. Wendet Euch ab von Rathschlägen, die zur Arbeitslosigkeit und zum Elend führen; wendet Euch vielmehr zu den Mitteln, welche geeignet sind, Euch davor zu bewahren! Auch der Arbeiter lasse es nicht am guten Willen scheitern, der allseitig dazu nöthig ist, aus der jetzigen Lage zu kommen. Nachdem nun aber die Sache auf einem Punkt angelangt ist, wo aus kleinm Anfängen großes Unheil entstehen und jeder an sich unbedeutende Anlaß zu Unordnungen führen kann, so liegt es uns ob, für solche Fälle, welche Gott verhüten wolle, die nöthigen Maßregeln rechtzeitig zum Voraus zu ergreifen. Nachdem eine mit ausländischer Leitung in Verbindung stehende Organisation sich zwischen unsere baselischen Verhältnisse drohend hineingedrängt hat, ist es nöthig, daß die große Mehrzahl Derjenigen, welche Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten wollen, wisse, was sie zu thun habe. Deshalb fordern wir alle Freunde der Ordnung auf, beim ersten Alarmzeichen sich sofort (in Civil) an folgenden Orten einzufinden. (Folgt die Angabe derselben.) Bürger und Einwohner von Basel! Laßt uns Alle dahin wirken, daß solche außerordentliche Versammlungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nothwendig werden, und daß nicht am Ende eidgenössische Hilfe in Anspruch müsse genommen werden. Basel, wenn es nur ernstlich will und recht auftritt, wird aus eigener Kraft die von auswärtigen Elementen heraufbeschworene Unruhe zur Ruhe bringen.

Basel, 20. Dez. (Bund.) Ein Ueberblick über die verfloffene Woche in unserer Stadt dürfte von Interesse sein. Am Sonntag (13.) war große Versammlung von Männern und Weibern aus dem internationalen Arbeiterstande im Au-

garten, einer Gartenwirtschaft in dem westlichen äußern Stadttheil. Die Gemüther und die Redner erhitzen sich gewaltig, die Erwartungen wurden aufs äußerste heraufgeschraubt, die Anwesenden durch förmlich kommunistische Aussprüche aufs höchste gereizt. Die ganze Stadt empfand am Montag und Dienstag diese Aufregung, wahr und unwahre Gerüchte krenzten sich auf alle Weise.

Am Dienstag Nachmittag konzentrirte sich die Angelegenheit in den Thatfachen. In einer Fabrik stellten die Bandweber ihre Arbeit ein, — der internationale Präsident erklärte der Behörde, daß er nicht mehr für Ordnung einstehen könne. Bis in die Nacht hinein wurde wieder im Au-garten getagt; die Reden an die Versammelten gingen noch weiter als am Sonntag, wie z. B.: die neuen Zwingsburgen (Fabriken) müssen mit Mord und Brand zerstört werden.

Am gleichen Dienstag Abend hatten 2 Glieder des Handelskollegiums mit Bandweber-Delegirten gründlich gesprochen und ihnen erklärt, daß ihre Hauptforderungen (zwanngsweise fixirter Lohn und Aufsichtskommission, nur aus Arbeitern bestehend) vollständig dahin fallen müssen, während ein Fabrikgesetz könne behandelt und einzelne Erleichterungen (die schon in mancher Fabrik bestehen) allgemein gemacht werden. Auf dieser Grundlage waren auch einige Fabrikanten bereit, mit Abgeordneten der Bandweber sich zu besprechen. Die allgemeine Beforgnis in der Stadt war in eben diesem Abend schon auf den Punkt gebrochen, daß in Bürgerkreisen freiwillige Abwehrmaßregeln gegen die vielen Drohungen abgegeben wurden.

Unter diesen Umständen erließ am Mittwoch der Kleine Rath, nach Anhörung von Augen- und Ohrenzeugen der aufrührerischen Tagungsversammlungen, die bekannte Proklamation, und von Donnerstag an ließ die Spannung nach. Die Bürgererschaft fühlte eine leitende Hand, und da die internationale Bewegung vollständig außerhalb unsern politischen Differenzen steht, so kann man sagen, daß die Bürgererschaft einmüthig zusammensteht. Aber auch die Internationalen stuzten, und nach einer nochmaligen Besprechung mit den erwähnten Gliedern des Handelskollegiums (die sich jedenfalls ein wahres Verdienst erworben haben) erging gestern von der Kommission der Bandweber eine gedruckte Mahnung an die Arbeiter, worin sie erklärt, daß nur auf Grund folgender Bestimmungen das gute Verhältniß wieder hergestellt werden könne und zu ruhiger Fortsetzung der Arbeit aufgefordert wird. Diese Bestimmungen sind kurz zusammengefaßt folgende: Zwanngsweise Lohn Tabellen und einseitige Zusammenziehung von Aufsichtskommissionen sind unausführbar und unbillig. Ein Fabrikgesetz und Einführung einer Einrichtung wie die französischen Prudhommes wird von den Fabrikanten wie von den Arbeitern angelehrt. Der Tagelohn für gewisse, nicht am Stück zu machende Arbeiten, wird von 1 1/2 Franken auf 2 Franken täglich erhöht. Die frühere Einrichtung, daß der Arbeiter 2 1/2 Proz. des Lohnes in die Sparkasse legt und der Arbeitgeber weitere 2 1/2 pCt. über den Lohn hinaus zulegt, ist wieder einzuführen. Den verheirateten Arbeiterinnen sind Erleichterungen zugelagt. Diese gestern gedruckt vertheilten Anzeigen bezugen einen für den Frieden glücklichen Schritt.

Italien.

Florenz, 18. Dez. In der gestrigen Senatsitzung wurde die Petition verlesen, welche darauf anträgt, die Ausführung des gegen Agani und Puzzi ausgesprochenen Todesurtheils zu verhindern. Carradori verlangt die Dringlichkeit für diese Petition. Der Ministerpräsident, Hr. Menabrea, antwortet: Ich nehme die Ablehnung der Petition bezüglich der Unglücklichen an, die so eben in Rom der Gegenstand eines Todesurtheils geworden sind. Ich muß sogar hinzufügen, daß hohe Einflüsse sich geltend gemacht haben, um eine Milderung zu erlangen, die diese Unglücklichen dem Henter entreißt. Ich nähre die Hoffnung, daß diese Einflüsse das Resultat haben werden, welches Jedermann davon erwartet. Carradori dankt dem Ministerpräsidenten.

Wie das „Movimento“ meldet, ist der Erbprinz von Neapel, Franz II., schwer erkrankt, so daß für sein Leben zu fürchten ist.

Florenz, 20. Dez. Im Hafen von Genua wird eine Fregatte ausgerüstet, welche nach dem Orient abgehen soll, um im Falle von Feindseligkeiten die italienischen Untertanen zu schützen.

Rom, 20. Dez. General Della Rocca, welcher in einer Spezialmission des Königs von Italien zu Gunsten der zum Tod Verurtheilten hier anwesend ist, wurde vom Papi und von Antonelli empfangen.

Frankreich.

Paris, 21. Dez. Dem „Moniteur“ zufolge hat der Kaiser gestern im Tuilerienpallast den außerord. Gesandten des Königs der Hellenen, Hr. A. Rizos Rangabe, und den außerord. Gesandten des Königs von Portugal, Graf v. Avila, empfangen, welche Sr. Maj. ihre Beglaubigungsschreiben überreichten. — Das amtliche Organ bringt ferner einen Bericht des Kriegsministers über die Gemeindegemeinschaft Algeriens. Die in demselben enthaltenen Vorschläge, welche im Wesentlichen darauf hinauslaufen, die Gemeindegemeinschaften zu ermächtigen, sich für ihre Bedürfnisse zu besorgen, wie sie es für gut finden, und Anleihen abzuschließen, sind durch ein Dekret vom 19. d. M. bestätigt worden.

Ein Kaiserl. Dekret beruft die Generalräthe der Departemente zum 11. Januar für eine außerordentliche Session, die nicht über 5 Tage dauern darf.

Der Kaiser und die Kaiserin haben am 18. d. der Königin Isabella einen Besuch abgestattet. Derselbe dauerte etwa 1/2 Stunden.

Wie die „France“ meldet, hat der Gesundheitszustand des Marquis von Oustier sich seit zwei Tagen verschlimmert. Der ehemalige Minister kann das Hotel am Quai d'Orsay noch nicht verlassen und empfängt keinen der zahlreichen Besuche, die sich bei ihm anmelden.

Der neue Generaldirektor des Personals im Ministerium des Innern, Hr. Sencier, ist auf 24 Stunden nach Paris gekommen, mußte jedoch wieder nach Lille zurückkehren, um seine Anstalten zur Abgabe der Präfektur zu treffen. Erst in 7 bis 8 Tagen wird er sein Amt definitiv antreten; bis dahin wird Hr. v. St. Paul ihn im Ministerium vertreten.

Das „Journ. de Paris“ glaubt zu wissen, daß Hr. v. Lavallette es nicht für geeignet hält, an die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Ausland ein Rundschreiben zu erlassen, worin er ihnen seine Ansicht über die auswärtigen Angelegenheiten auseinandersetzt. Er wird sich darauf beschränken, ihnen einfach seinen Amtsantritt mitzutheilen. — Rente 69.65, Cred. mob. 283.75.

Spanien.

Madrid, 21. Dez. Ein Dekret des Hrn. Sagasta, Minister des Innern, sagt: In Betrach, daß das Dekret des Finanzministers vom 15. Dez. über die Liquidation der Depots kasse die Anwendung einer allgemeinen Maßregel bezüglich der Depots der Provinzen und der Gemeinden notwendig macht, und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß es im Interesse der Deputationen und der Municipalitäten ist, bei jeder Gelegenheit die deponierten Fonds disponibel zu halten; aus diesen Gründen ist es für sie vorteilhafter, ihre Depotsbriefe in Schatzbonscheine von leichter und vorteilhafter Anlage umzuwechseln. Folglich macht das Dekret die Umwandlung in Schatzscheine in einer Frist von 30 Tagen der in der Kasse der Depots niedergelegten Fonds für die Gemeindeführer und die Provinzialdeputationen obligatorisch.

Die „Madrid. Ztg.“ veröffentlicht Telegramme von Alicante vom 19. und 20., welche melden, daß die Ordnung in Pego gestern bei Gelegenheit der Wahlen gestört worden ist. Die Unruhen hatten sehr geringe Bedeutung; die Ordnung wurde wieder hergestellt. Aus Alicante und der übrigen Provinz nichts Neues zu melden.

Telegramme aus Burgos vom 19. und 20. melden, daß die Wahlen nicht sehr lebhaft sind. In drei kleinen Dörfern sind Konflikte ohne politischen Charakter vorgekommen. Die übrige Provinz ist ruhig. Telegramme von Malaga und von Orense melden von einigen Unordnungen ohne Bedeutung in mehreren Dörfern.

Madrid, 21. Dez. Die „Correspondencia“ will von Florenz erfahren haben, daß der Prinz von Carignan einige Zeit in Madrid zubringen werde, wo man bereits eine Wohnung für ihn bestimmt habe.

Madrid, 21. Dez. Ein Telegramm von Lugo vom 20. d. M. sagt, daß in Savena die Wahl von Alcaob suspendirt und die Abstimmung für's Bureau annulirt worden ist. Die Listen sind verbrannt worden. Der interimistische Präsident des Bureau's war von einem Stein am Kopf getroffen worden. Eine gerichtliche Untersuchung ist im Gange. Ein Telegramm von Zamora meldet, daß eine Bewegung stattgefunden hat und daß sie mit Energie zurückgedrängt worden ist; 11 Aufwiegler wurden verhaftet und die Entwaffnung verordnet; die Miliz und die Lokalbehörden verfahren mit vieler Umsicht.

Amerika.

New-York, 10. Dez. (Per „Deutschland.“) Das Repräsentantenhaus hat eine Bill votirt, welche die Wahlen im Staat Virginien auf den 27. Mai f. feststellt. Es geht das Gerücht, Spanien und die Republikaner von Südamerika hätten die Vorschläge der Verein. Staaten für die Regelung der bestehenden Schwierigkeiten durch eine Kommission von Bevollmächtigten, die in Washington zusammentreten sollte, angenommen. Man versichert, daß die Empörung von Cuba geschlagen worden seien.

New-York, 19. Dez. Der dänische Kriegsminister Raasloff ist heute auf dem Dampfschiff „Java“ hier eingetroffen.

Baden.

Karlsruhe, 22. Dez. Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben unterm 8. Sept. d. J. auf die höchstehenden Patronat unterliegenden katholischen Pfarrei D. S., Defanats Gernsbach, den Pfarrverweser Kornel Hallbauer in Sedach gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 17. Nov. d. J. kirchlich eingesetzt worden. — Der Seiten der Freiherrl. v. Berlichingen'schen Grund- und Patronats Herrschaft erfolgten Präsentation des Vikars Karl Spies in Verwangen auf die evangelische Pfarrei Werringen ist unter dem 1. d. M. die kirchlich-gerichtliche Befähigung erteilt worden.

S Forstheim, 19. Dez. Der eben veröffentlichte Voranschlag der Stadt Forstheim weist für das Jahr 1869 eine ordentliche Einnahme von 7,881 fl. und eine Ausgabe von 136,207 fl. nach, so daß durch Umlagen noch 64,326 fl. zu bedecken sind. Da das Gesamtsteuerkapital nach dem Gemeindefatster 11,968,260 fl. beträgt, so trifft es also auf 100 fl. Steuerkapital eine Umlage von 34 kr.

Von den Gesamteinnahmen sind hervorzuheben: Ertrag von Wäldungen 25,798 fl., an Taxen und Gebühren 4000 fl., von Märkten, Lager- und Kaufhaus-Anstalten 6668 fl., Bürgerkauf-Gelder 2000 fl.

Als wichtigste Ausgabe-posten erscheinen: Auf Wäldungen 5479 fl.; auf öffentliche Plätze, Brunnen, Wasserleitungen x. 7820 fl.; auf Damm-, Fuß-, Brücken- und Wegbauten 13,606 fl.; auf Schulen, und zwar: Pädagogium und Realgymnasium 2689 fl.; höhere Lehrerschule 3650 fl.; wovon aber der Schulgehalt in Abrechnung zu bringen ist; auf die Volksschulen 5901 fl.; Gewerbschule 2000 fl.; für verschiedene Schulzwecke 4185 fl.; zusammen also für Schulen 18,425 fl.; auf die Polizei 6738 fl.; auf die Armenpolizei 8500 fl.; auf die Feuerpolizei 2570 fl.; auf den Bezirks-, Kreis- und Staatsverband 5685 fl.; auf die Gemeindeverwaltung 12,780 fl.; Kapitalzinsen 12,083 fl.; Schuldenzinsen 18,372 fl. — Außer dem aufgeführten Aufwand für die verschiedenen Damm-, Fuß-, Brücken- und Wegbauten wurde noch ein besonderer außerordentlicher Bauetat hinsichtlich verschiedener unauflöslicher baulicher Unternehmungen aufgestellt, zu dessen Deckung ein Kapital aufgenommen werden soll. Dieser außerordentliche Bauetat, worunter verschiedene neue und verbesserte Straßenanlagen, Brücken- und Wasserbauten vorkommen, erstreckt sich auf eine

Gesamtsumme von 85,700 fl. Die Ausführung soll aber auf die nächsten drei Jahre vertheilt werden.

Berücksichtigt man, daß außerdem im nächsten Frühjahr schon mit dem Bau eines neuen städtischen Hospitals vorangegangen werden wird, und diesem dann die Einrichtung eines erweiterten Schulgebäudes für das Pädagogium und das neu errichtete Realgymnasium unmittelbar folgen soll, so wird man sich überzeugen, daß die hiesige Gemeindebehörde in der fraglichen Richtung während der nächsten Jahre eine sehr umfassende und anerkanntwerthe Thätigkeit zu entwickeln sich vorgenommen hat.

Mannheim, 21. Dez. Die Abstimmung über Aufhebung der konfessionellen Schule und Einführung der gemischten, in welcher Gemeinderath und kleiner Ausschuß mit dem protestantischen und jüdischen Ortschulrath zusammengegangen war, geschah heute durch den großen Ausschuß. Der große Rathssaal — heute zum ersten Mal zu einer Versammlung benützt — war bis in die äußersten Ecken der Gallerie gefüllt, die Diskussion lebhaft, doch würdig und gemessen. Bemerkenswerth bei derselben war, daß Mitglieder des katholischen Ortschulrathes, der gegen die gemischten und für Kommunal-schulen gestimmt hatte, gegen den Beschluß desselben für ihre Person Verwahrung einlegten, und daß ein Redner, der für denselben seine Gründe kundgab, schließlich doch für die gemischte Schule stimmte. Die Abstimmung gab für letztere ein Mehr von allen gegen eine Stimme.

Noch erwidert die Bürgerabstimmung nach den drei religiösen Bekenntnissen; diese scheint nach dem heutigen Ergebnis weniger Schwierigkeiten zu haben, als man anzunehmen geneigt war.

Labenburg, 18. Dez. (Heidelb. Ztg.) Die landwirthschaftl. Kreiswinterschule zählt jetzt 23 Schüler, darunter mehrere von sehr entfernt liegenden Orten.

Worms, 21. Dez. In Basel hatten in der letzten Zeit die Verhältnisse zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern der Handfabriken unter dem Einfluß der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ einen sehr bedenklichen Charakter angenommen und drohte die künstlich genährte Aufregung der Arbeiter in offene Unruhen und Gewaltthatigkeiten überzugehen. Dies veranlaßte am 16. d. die Regierung zum Erlass einer Proklamation, die sich an die Freunde der Ordnung wendete und zugleich einige nöthig erscheinende Maßregeln ankündigte, um im Fall ernstlicher Unordnungen die von auswärtigen Elementen heraufgeschworene Unruhe zur Ruhe zu bringen. Die einige Tage lang bedenklichen Zustände in Basel konnten in dem benachbarten Lörrach von den Behörden um so weniger unbeachtet bleiben, als auch hier sich vor einiger Zeit ein Verein unter dem Namen „Internationale Arbeiter-Assoziation“ gebildet hatte. Derselbe sollte die Errichtung einer Unterhülfungskasse bezwecken, steht aber nach den Statuten mit auswärtigen Vereinen gleichen Namens in Verbindung, welche die öffentliche Sicherheit gefährdende Zwecke verfolgen. Da der Anfangs nicht zahlreiche Verein gerade zur Zeit der in Basel bedrohlich steigenden Spannung größere Dimensionen annahm, und außerdem mehrere von dem Vereinsgeheiß vorgeschriebene Bedingungen nicht erfüllt wurden, so glaubte aus obigen Gründen und nach Ansicht des § 5 des Gesetzes vom 21. November 1867 vorzuziehlich das Bezirksamt in Lörrach den Verein „Internationale Arbeiter-Assoziation“ auf 14 Tage schließen zu sollen. Dies geschah durch Verfügung vom 17. d. Die Schließung des Vereins ist nur eine provisorische, da ein förmliches Verbot nur von der Großh. Regierung ausgehen kann. Die Regierung hat dem Vernehmen nach sofort den Landeskommissär nach Lörrach entsendet, um sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu unterrichten. Wie bemerkt nur noch, daß die Schließung des Vereins nicht die mindeste Aufregung verursacht hat, wie denn auch ohnehin bisher zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Wiefenthal das beste Einvernehmen geherrscht hat.

Pfullendorf, 19. Dez. (Konst. Ztg.) Ein Unglücksfall in hiesiger Stadt macht wieder auf's neue, nicht unvorsichtig mit Schießgewehren umzugehen. Der Hund eines hiesigen Waidbüters und Jagdaufsehers, der auf seinem Marsch in einem Hause zu Leortweller einzuführen hatte, war mit dem Hundsbau in Streit gerathen, der Waidbüter ergriff das an die Wand gelehnte, geladene Doppelgewehr, um mit dem Kolben die Hunde zur Ruhe zu weisen, wobei sich beide Hunde entluden, so daß dem Abwehrenden die gesammte Ladung durch den Oberschenkel ging. Derselbe ist seinen Wunden erlegen und wurde heute zu Grabe getragen bei inniger Theilnahme Aller an dem traurigen Schicksal der schwer betroffenen Familie.

Ueberlingen, 14. Dez. (Konst. Ztg.) Sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsraths der weltlichen Stiftungen haben in heutiger Sitzung ihre Stellen niedergelegt in der Ueberzeugung, daß eine erspriehliche Wirksamkeit unter den obwaltenden Verhältnissen rein unmöglich sei. Das Großh. Bezirksamt wurde in einem motivirten Bericht um Anordnung einer neuen Wahl ersucht.

Vermischte Nachrichten.

— Wiesbaden, 20. Dez. (Zff. Ztg.) Heute Morgen ist die Nachricht hier eingetroffen, daß das Urtheil des hiesigen Appellationsgerichts in Sachen des türkischen Gesandten Aristach Bey contra Gartenauflieger in Biedrich kassirt worden sei. Zugleich erfährt man, daß der Gesandte seines Amtes von seiner Regierung entbunden worden sei.

— Kassel, 18. Dez. Auf Befehl des Königs wird unser Theater von der K. Krontheaterkommission-Verwaltung übernommen werden.

— Hr. Krupp in Essen hat, wie die „Voss. Ztg.“ mittheilt, von der preussischen Regierung für einen Betrag von ungefähr 4 Mill. Thlr. Bestellungen auf neuzuglihe Kanonenrohre erhalten. Die Lieferungsfrist reicht bis Ende 1872. Man sagt, daß Hr. Krupp zur Herstellung dieser Geschütze einen neuen Dampfhammer bauen müsse; die Kosten derselben werden aber sehr verschieden angegeben. Die Schätzungen schwanken zwischen 400,000 und 1/2 Mill. Thlr. Der Preis eines Geschützes beträgt ungefähr 23,000 Thlr.

— Hannover, 20. Dez. (Fr. Z.) Die neue Verpachtung der Staatsdomänen ergibt, wie wenig dieselben früher ausgenutzt worden sind. Bis jetzt sind 25 neue Verpachtungen von Domänen in unserer Provinz bekannt geworden. Die Steigerung der Pachtpreise beträgt nicht weniger als 63 Prozent. Während jene 25 Domänen jährlich früher nur 48,285 Thlr. jährlich aufbrachten, beträgt die jetzige Pachtsumme 79,902 Thlr.

— Berlin, 21. Dez. (Voss. Ztg.) Der Landrath Staudy hat den Abg. Lasker wegen einiger Äußerungen, die derselbe im Abgeordnetenhaus (bei Besprechung der vom Haupte kassirten Bergeneroth-

schen Wahl) gegen sein Verhalten zur Zeit der Wahlen machte, durch den Grafen Lehndorff zum Duell fordern lassen.

— Wien, 20. Dez. Dr. jur. Felder ist zum Bürgermeister von Wien gewählt worden.

Karlsruhe, 22. Dez. Das am 14. d. M. in den Räumen der Gesellschaft Eintracht veranstaltete zweite Konzert des Cäcilienvereins brachte unter Leitung des Hrn. Hof-Kirchenmusik-Direktors Siehe Händel's „Josua“ zur Aufführung. Mit Freude begrüßten wir die Wahl dieses Oratoriums, da dasselbe zu den dramatisch interessantesten des Meisters gehört und aus diesem Grund schon bei der ersten Vorführung durch den erwähnten Verein im Jahr 1863 eine glänzende Aufnahme gefunden hatte. Mit Ausnahme des „Maccabäus“ wird überhaupt wohl in keinem andern Oratorium Händel's die Idee großer Volkschöre in so ausgebreiteter und zugleich so populärer und effektvoller Weise sich ausgeführt finden, als im „Josua“. Mit der dramatischen Macht der die mannigfaltigste Charakteristik darbietenden Chöre verbindet sich sodann in den Soli's durch das Auftreten des liebenden Paars Achis und Dithiel ein anmuthiges Liebespaar, gleichsam ein Stück Dorfgeschichte, das mit reizender Naivität mitten in den Kriegslärm des streitenden Volkes tritt und gerade durch den unerwarteten Kontrast doppelt wirkt. In den großen historischen Rahmen mit Meisterhand eingefügt, verleiht es dem „Josua“ eine anziehende Frische und Mannigfaltigkeit, welche kein anderes Oratorium Händel's aufzuweisen hat.

Offenbar hat sich auch Händel durch den glücklichen Inhalt der Dichtung besonders angeregt gefühlt, denn die Musik des „Josua“ bewegt sich fortwährend in einer solchen Melodienfrische, daß man darüber das Jahr 1747 der Komposition beinahe ganz vergißt. Der geniale Meister wollte nebenbei beweisen, daß er nicht blos kolossale historische Bilder, sondern auch liebliche Genremalereien musikalisch hinzuzubringen im Stand sei. Wegen dieser geschickten Verbindung des dramatischen Elementes mit jenem duftigen Lyrik wird daher der „Josua“ stets ein von der Allgemeinheit bevorzugtes Oratorium Händel's sein.

Die Aufführung selbst bezeichnen wir nach dem einstimmigen Urtheil als eine ausgezeichnete; Soli wie Chöre waren aus einem Guß. Die Solopartien befanden sich in den trefflichen Händen der Frau Braunhofer und der Hrn. Brulliot und Kürner; die Altpartie des Dithiel hatte eine hervorragende Dilettantin aus Heidelberg übernommen, deren schöne Leistungen und Stimmmittel bereits zur Genüge in Karlsruhe bekannt sind. Frau Braunhofer (Achis) entzückte gleichmäßig durch die virtuose und innige Ausführung ihres Gesanges, Hrn. Brulliot's Kaleb gab von der künstlerischen Gewandtheit dieses vorzüglichen Sängers erneutes Zeugniß, und Hr. Kürner in der Titelrolle des Josua überwand die großen Schwierigkeiten derselben mit rühmlicher Sicherheit. Prächtig waren die Chöre, deren seine Präzision und mächtige Entfaltung ein sorgfames Studium zu erkennen gaben. Auch die Mitwirkung der Großh. Hofkapelle verdient alles Lob. Das zahlreich versammelte Publikum folgte dem Vortrag der einzelnen Nummern mit gespannter Aufmerksamkeit und sendete reichen Beifall.

33. RR. Hh. der Großherzog und die Großherzogin nebst dem Erbgroßherzog wohnten der Aufführung bei.

w. Mannheim, 21. Dez. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, effektiv hies. Gegend, 200 Zoltpfd. 11 fl. 10 G., 11 fl. 20 P., ungarischer 11 fl. 15 G., 11 fl. 20 P., fränkischer 11 fl. 30 G., 11 fl. 45 P. — Roggen, eff. 9 fl. 40 G., 9 fl. 50 P. ungarischer — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, effektiv hiesiger Gegend 10 fl. — G., 10 fl. 6 P., ungarische — fl. — G., 10 fl. 15 P., württembergische 10 fl. — G., 10 fl. 15 P., Pfälzer prima 10 fl. 24 G., 10 fl. 30 P. — Hafer, eff. 100 Zoltpfd. 4 fl. 30 G., 4 fl. 36 P. — Kernen, eff. 200 Zoltpfd. 11 fl. 15 G., 11 fl. 30 P. — Delfamen, ungar. Kofstrep — fl. — G., 18 fl. 15 P. — Bohnen — fl. — G., 12 fl. 30 P. — Linsen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., — fl. — P. — Weiden — fl. — G., — fl. — P. — Kleefamen, deutscher L. 26 bis 27 fl. G., — fl. P., II. — fl. G., 24 fl. 30 bis 25 fl. 30 P., Luzerner — fl. G., — fl. — P. — Sparrfette — fl. — G., — fl. — P. — Del. (mit Fas) 100 Zoltpfd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 20 fl. — P., sahweise — fl. — G., 20 fl. 15 P. — Rüböl, effektiv Inland, sahweise — fl. — G., 19 fl. 20 P., in Partien — fl. — G., 19 fl. — P. — Wehl 100 Zoltpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 11 fl. 12 P., Nr. 1 — fl. — G., 10 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 9 fl. — P., Nr. 3 — fl. — G., 6 fl. 45 P., Nr. 4 — fl. — G., 6 fl. — P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0-1, Stettiner — fl. — G., — fl. — P. — Brauntwein, eff. (50/100 n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 18 fl. 30 P. — Spirit, 90/100, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 14 fl. 15 G., 14 fl. 30 P.

Weizen und Gerste behauptet, Hafer fest, Roggen unverändert, Rüböl und Leinöl ruhig. Petroleum fest.

Hamburg, 18. Dez. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Gimbrina“, Kapitän Varends, welches am 2. d. von hier und am 5. d. von Southampton abgegangen, ist am 17. d. 3 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in New-York angekommen.

New-York, 12. Dez. (Per transatlantischen Telegraph.) Das Postdampfschiff des Nordh. Lloyd „Main“, Kap. R. von Osterdorp, welches am 23. Nov. von Bremen und am 1. Dez. von Southampton abgegangen war, ist heute 6 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen.

Frankfurt, 22. Dez. — Ubr — Min. Nachm. Deffert. Kreditaktien 231 1/2, Staatsbahn-Aktien 298, National 51 1/2, Steuerfreie 50/100, 1860r Loose 76, Deffert. Bahia 68 1/4, April. bad. Loose —, Amerikaner 78 1/2, Gold 135 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

21. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 9.04"	- 1.0	N.O.	klar bew.	trüb, Frost
Mittags 2 "	" 8.67"	+ 0.5	"	"	"
Nachts 9 "	" 8.53"	+ 5.0	"	"	trüb, Regen

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Koenlein.

3.543. Karlsruhe. Allen Verwandten, Bekannten und zahlreichen Freunden meines theuern Bruders, Dr. Karl Hamma, seit 1863 Rechtsanwalt in Konstanz, zeige ich hiermit statt besonderer Meldung schmerzhaft an, daß er nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse gestern früh 8 Uhr im 52. Lebensjahre aus dieser Welt abgerufen wurde.

3.536. Rheinischosheim. Entfernt wohnenden Verwandten und unseren Freunden die traurige Nachricht, daß heute Mittag 2 Uhr unerwartet schnell unsere liebe Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter, Anna Steiglehner, geb. Ulrich, sanft entschlafen ist.

3.527. In allen Buchhandlungen ist zu haben: Zwei Shakespeare-Vorträge.

3.535. Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg durch die literarische Anstalt: H. Baumstark, Gedanken eines Protestanten über die päpstliche Einladung zur Wiedervereinigung mit der römisch-katholischen Kirche 6te Auflage. 8°. 12 fr.

3.535. Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg durch die literarische Anstalt: H. Baumstark, Gedanken eines Protestanten über die päpstliche Einladung zur Wiedervereinigung mit der römisch-katholischen Kirche 6te Auflage. 8°. 12 fr.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.544. Nr. 24.941. Karlsruhe. Bekanntmachung. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Allgemeine katholische Kirchenkasse Heidelberg vom 1. Januar 1869 an aufgehoben und mit jener in Freiburg vereinigt werden wird.

3.516. Im Verlage von J. Huber in Frauenfeld (Schweiz) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Lehrbuch der praktischen Geometrie, mit besonderer Berücksichtigung der Theodolithmessungen, sowie der Instruktionen für das schweizerische Geometerkonfordat und die Großherzogthümer Hessen und Baden, von J. J. Kestner, Professor der Mathematik und des technischen Zeichnens an der thurgauischen Kantonschule.

4 1/2 prozentige Eisenbahn-Anleihe der Hauptstadt Mannheim von 1868. Der Umtausch der Interimscheine gegen die Original-Obligationen kann vom 22. d. an bei uns bewirkt werden.

4 1/2 prozentige Eisenbahn-Anleihe der Hauptstadt Mannheim. Der Umtausch der Interimscheine gegen die Original-Obligationen kann vom 23. d. an bei uns bewirkt werden.

3.542. Karlsruhe. Salon Agoston auf dem Schlossplatz. Donnerstag den 24. Dezember 1868, präzis 3 Uhr, Brillante Extra-Kinder-Vorstellung mit einer Christbaum-Verloosung.

3.5205. Karlsruhe. Bock-Ale. versende ich fortwährend in Champagnerflaschen à 1 fl. 42 fr. das Duken. Flaschen und Emballage berechnen billigst und nehme solche, wenn gut erhalten, zu berechnetem Preise innerhalb 4 Wochen franco zurück.

3.5205. Karlsruhe. Bock-Ale. versende ich fortwährend in Champagnerflaschen à 1 fl. 42 fr. das Duken. Flaschen und Emballage berechnen billigst und nehme solche, wenn gut erhalten, zu berechnetem Preise innerhalb 4 Wochen franco zurück.

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.539. Darmstadt. Main-Neckar-Eisenbahn. Lieferung von Schwellen. Wir beziehen bis Ende Mai kommenden Jahres: 10,000 Stück Mittelschwellen von Kiefernholz (pinus silvestris).

3.293. Nr. 11.326. Eppingen. (Mufford-berung.) Die Magdalena, geb. Straube, Witwe des am 10. Dezember 1860 verstorbenen Martin Fering von Jüdingen, bat um Einweisung in Besitz und Gewär des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten.

3.291. Nr. 8218. Buchen. (Bekanntmachung.) Die Witwe des Kaufmanns Karl Pfeifferberger in Wüsten, Josefa, geborene Schäfer, bat um Einweisung in den Gewär der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes nachgesucht.

3.289. Nr. 9824. Schönan. (Bekanntmachung.) Der Fabrikarbeiter Peter Jabo von Schönan hat um Erlaubniß zum Bezuge nach dem Königreiche Bayern gebeten.

3.286. Ebrach. (Bekanntmachung.) Ausgeben falschen Geldes betr. Es wird zur Warnung des Publikums bekannt gemacht, daß folgende falsche Münzen in unserer Gegend im Umlauf sind:

- 1) württembergische Einguldenstücke mit der Jahreszahl 1843 und dem Bilde des Königs Wilhelm;
2) bairische Halbguldenstücke mit der Jahreszahl 1865 und dem Bilde des Großherzogs Friedrich;
3) bairische Einguldenstücke mit der Jahreszahl 1855 und dem Bilde des Königs Max;
4) bairische Zweiguldenstücke mit der Jahreszahl 1848 und dem Bilde des Königs Ludwig I.;
5) bairische Einguldenstücke mit der Jahreszahl 1866 und dem Bilde des Großherzogs Friedrich als Prinz-Regent;
6) bairische Halbguldenstücke mit der Jahreszahl 1838 und dem Bilde des Königs Ludwig I.;
7) bairische Halbguldenstücke mit der Jahreszahl 1846 und dem Bilde des Königs Ludwig I.;
8) österreichische Einguldenstücke mit der Jahreszahl 1858 und dem Bilde des Kaisers Franz Josef I.;
9) französische Einfrankenstücke mit der Jahreszahl 1867 und dem Bilde des Kaisers Napoleon III.;
10) schweizerische Zweifrankenstücke mit der Jahreszahl 1860 und dem Bilde „Helvetia“.

Frankfurt, 21. Dezbr. Staatspapiere. Anleihen-Kauf.

Table with columns for Staatspapiere and Anleihen-Kauf, listing various securities and their prices.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Table with columns for Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten, listing various stocks and their prices.